

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIEZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19010530

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. der Post bezogen) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3195) ohne Frachtgeld wöchentlich M. 3.60; durch die Kassenpost wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus.
Eingelagerte Nummer 6.4. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage: „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberstky in Hamburg.

Donnerstag, den 30. Mai 1901.

Anzeigen werden die schlagspaltige Zeile mit 30 Pf. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 Pf. berechnet.
Anzeigen-Annahme
in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämtlichen Annoncen-Büros
Redaktion und Expedition: Geilstraße 11 in Hamburg.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Remenkov, Kasianiallee 25, I. L. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langensfelde, bei Carl Drepper, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel, Hohelnitz, Eppendorf, Groß-Worstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmsweg 51, Eppendorf. Barmbek, Mühlenhorst bei Theodor Peterreit, Heilmannstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baust. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Nothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hirschfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Birgerstr. 118, Altona. Ottenhof, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottenhof. Flottbek, Ohmsharfen-Blauenfense bei Max Meisner, Gr.-Flottbek.

Siezen eine Beilage.

Doppeltarif?

Während die preussischen Blätter ihre Leser mit dem Scheitern des „Er wird aufgelöst“ (der Landtag), „Er wird nicht aufgelöst“ unterhalten, der hohe Traum von einer „liberalen Aera“ den großkapitalistischen Parteien liebste Phantasie magorien vorgelegt und die Freimüthigen zum sozialistischen Male wieder in süßen Hoffnungen auf ein Portefeuille schwebeln, kam von Berlin die Meldung, daß der einflussreiche Ministerkonferenz ein Doppeltarif vorgeschlagen werde. Mit der „liberalen Aera“ wäre es also wieder einmal Ewig, der Kurs bleibt der alte, konservativ-agrarische, trotz der Kanakrebellion, was wir niemals bezweifeln hatten.

Oder war die Meldung, wie es jetzt heißt, nur eine Gerte, die vielleicht irgend eine boshafte agrarische Feder unmittelbar vor Pfingsten hat aufplatzen lassen, um den Gegnern die Festrede zu verberben und ihnen die Vereinfachung der Schatzkammer-Modelle einzutauschen? Mehrere Blätter, darunter die „Frankfurter Zeitung“, erklären die Nachricht für falsch und halten daran fest, daß auch jetzt noch keine Entscheidung darüber getroffen sei, ob ein Doppeltarif aufzustellen wäre. Bei dieser Unsicherheit scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Die „Einkauf“ dürfte eher ein „Willow“ sein — so heißt ja in vielen Gegenden der „Pfingstvogel“ Pöhl, der um Pfingsten bei uns einfliegt — und der seinen Standsgegnern, den etwas beklemmenden Jüngern, eine Pfingstfeste machen wollte.

Graf Willow hat sich ja auf die „Politik der mittleren Linie“ festgelegt und man weiß, was diese Phrase in seinem Munde bedeutet: Erhöhung der Getreidezölle, nur nicht in der Höhe, welche die Agrarier verlangen, denn die Interessen des Industrie- und Handelskapitals kann er ja nicht zu stark vor den Kopf stoßen. Die geometrische Formel von der mittleren Linie berücksichtigt eben nur die beiden Hauptgruppen der herrschenden Klasse, den mobilen und immobilen Besitz. Für die Massen bewegen sich schon die bestehenden Zölle außerhalb der mittleren Linie und jede weitere Erhöhung rückt die Linie noch weiter hinaus zu Gunsten der Junker und weiteren Verdrängung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes.

Daß der Doppeltarif agrarische Geplurre trägt, obgleich er einem national-liberalen Hirn entsprungen — dem früheren national-liberalen Abgeordneten und inzwischen in den Staatsdienst getretenen Professor v. d. Borcht — dürfte bekannt sein. Er soll in einem Maximal- und einem Minimaltarif zerfallen. Letzter gegenüber den Ländern, mit denen wir keinen Tarif- oder Handelsvertragsvertrag abgeschlossen haben. Der agrarische Schwerpunkt liegt im Minimaltarif, der eine Grenze festsetzt, unter welcher bei Vertragsverhandlungen nicht herabgegangen werden darf. Ist auch über die in Aussicht genommenen Minimaltariffe noch nichts Näheres bekannt, so sieht es doch außer Zweifel, daß die bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die bisherigen Sätze erheblich überhöhen sollen, d. h. daß die Einfuhr auch aus den Vertragsländern mit höheren Zöllen als bisher belegt werden sollen.

Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Minimaltarif auch nach der handelspolitischen Seite von schwerem Nachteil ist. Darf bei den Vertragsverhandlungen nicht unter einen höheren Zollfuß herabgegangen werden, so werden uns die betreffenden Länder auch minder günstige Zugeständnisse machen, wenn sich der Absicht der Vertrags nicht überhaupt gescheitert.

Oben darum dürfen für einen vollständigen Doppeltarif die Politiker des Industrie- und

Handelskapitals kaum zu haben sein. Die Meldung sprach ja denn auch nur von 31, nach anderer Lesart 60 Tarifpositionen, worunter 29 Eisenpositionen betreffen sollen.

Es ist amüsant, zu beobachten, wie von großkapitalistischer Seite versucht wird, das Willow-Wort von der mittleren Linie aus dem Agrarischen in's Kommerzielle umzuwandeln. Die „Kölner Zeitung“ scheint sich dabei nicht einmal, der „Centralität“ des Grafen zu nahe zu treten und sich über die Leute zu mokieren, die zu glauben scheinen, sie hätten mit den Leuten einer Politik der Sammlung oder der mittleren Linie das wirtschaftliche Mittel gefunden. Als ob es ein Staatsmann, der nicht zugleich Parteiführer sein wollte, sein Ziel anders als auf dem Wege der Diagonale erreicht hätte! Es kommt vielmehr auf den Mann an, der das Programm anspricht. Als Mittel vor Jahren seine Politik der Sammlung proklamirte, begegnete er auf nicht agrarischer Seite lauten Vorwürfen. Die Willow und Müller dagegen verdienen Vertrauen, sagt das Blatt, und meint damit, sie müßten sich von den Agrariern nicht ungut lassen zu Ungunsten des Großkapitals. Und so weiter.

Hätten diese Bürgerlichen, etwas von der politischen Kraft und Tapferkeit des Proletariats, so brauchen sie die Regierungsebene nicht in solcher Weise anzuklopfen. Die Dreifachheit mit der Torg der Junker wuzelt in der Schwäche der Vorgänger, die um die Gasse von oben blüht, statt wider das Junkertum aufzuschließen und rücksichtslos aufzuwachen. Sie wird auch in der Frage des Doppeltarifs mit sich reden lassen, d. h. umfallen. Uns aber soll die Meldung, mag sie sich nun bestärken oder nicht, zur energiegelassen Fortführung des Kampfes wider den Vortwacher anspornen.

Von der Weltbühne.

Zur Zolltarifvorlage wird oft das bestritten, daß die Angabe von 31 Positionen mit Doppelzöllen richtig sei. Das will nach der bekannten Art offizieller Demagogie nicht viel mehr bedeuten, als daß es vielleicht einige Positionen mehr oder weniger sind. Diese Annahme wird auch dadurch nicht erschüttert, daß die offizielle Auslassung erklärt, es sei ja kein Gemeinwohl, daß eine Zeit lang Strömungen vorhanden waren, welche dem System des Minimal- und Maximaltarifs durchweg den Vortritt vor dem einfachen autonomen Tarif geben wollten. Der Gedanke ist dann fallen gelassen worden, und es hieß, es solle im Allgemeinen das historische, im Jahre 1879 festgelegte Prinzip aufrechterhalten und nur für einzelne Positionen, und zwar nicht allein für landwirtschaftliche, sondern auch für einzelne, wenn auch wenige industrielle Produkte, der Doppeltarif in Erwägung gezogen werden.

Das klingt viel mehr als eine Befähigung, denn als eine Widerlegung der gestern mitgetheilten Angaben, wenn man nicht allein nur die positive Zahl der Doppelzölle in's Auge faßt.

Zu der Tarifrage im Allgemeinen wird der „Frankf. Ztg.“ vom Main geschrieben: „Die Regierung der großen Staaten des Deutschen Reiches haben alle auf dem Standpunkt, daß das Zustandekommen der Handelsverträge die Hauptaufgabe sei, und daß Wünschen nicht entgegengekommen werden dürfen, deren Erfüllung das Zustandekommen von Handelsverträgen verhindern würde.“ Es gilt das von den Industrie- und Handelskapitalisten. Der Schwerpunkt ruht auf den von den Agrariern. Die landwirtschaftlichen Interessen werden nicht allein in der Meinung der Regierung, sondern auch in der der Agrarier, die sie haben, sich auch schon zu einer Zeit in dieser Beziehung festgelegt, in der es nur schönen Worten des Wohlwollens galt. Inzwischen sind aber die agrarischen Ansprüche, in Uebereinstimmung dessen, was von den Regierungen zu erwarten oder zu erzwingen ist, verärgert gestiegen, daß die Regierung nach der großen bange geworden ist. Das Lieberwies der agrarischen Ansprüche hat den Agrariern die Sache einermachen verdröhen. Aus dem Grund der Erhöhung der Getreidezölle haben alle Regierungen der großen Staaten, aber sie werden nicht für eine mögliche Erhöhung eintreten, im Süden des Reiches mächtiger als im Norden. Auch die hohen Forderungen der Sozialproleten haben

keinen Anfang. Für den Viehzüchter ist eine erhebliche Erhöhung zu befürchten. Schon der Umstand, daß er nicht mehr hindern, sondern vom Zentrum des Lebensgewisses erhoben werden soll, bedingt ein hohes Einkommen. Auf den ersten Blick scheint der Gedanke des Viehzüchters, aber wenn man zu 2. die Zentrierung eines Viehzüchters mit einem nur mäßig höheren Viehzüchters multipliziert, kommt schon eine große Zahl heraus, eine weit größere, als bisher normiert war. Eine oder zwei Millionen geben sich alle Viehzüchter, die Viehzüchtereigenen, ist aber für sie gering. Was diese Regierung bestimmt, gegen einen erheblichen höheren Viehzüchters zu weichen, ist, neben der Sorge wegen der Viehzüchtereigenen, die Viehzüchter auf die Interessen eines erheblichen Theils der heimathlichen Landwirtschaft. Hier stehen sich eben innerhalb der Landwirtschaft desselben Staates große Gruppen mit widersprechenden Interessen gegenüber. Es ist das — nicht in einzelnen Staaten, sondern im ganzen Reich — nicht in Bezug auf andere landwirtschaftliche Zölle der Viehzüchter, das Viehzüchter hat naturgemäß einen mehr oder minder neugierigen Druck auf hohe Viehzüchtereigenen aus.

Diese Aufeinander auf Informationen und Regierungsstellen beruhenden Mittheilungen lassen erkennen, daß Viehzüchter in der Regierung noch manche feine Gegenstände und Meinungsänderungen bestehen, die noch der Ausgleichung bedürfen. Darum kann man einnehmen, wie grundlos das Geschrei der Agrarierpreise über die angebliche Vergewaltigung des Viehzüchters war und ist.

Ansiedlung oder nicht? Ueber die Frage, ob das preussische Abgeordnetenhaus demnach aufzuheben sei oder ob man im alten Tempo weitermachen solle, scheint in der preussischen Regierung ein wenig Zweifel zu bestehen, ob man nicht doch darüber in Zweifel zu lassen, was man beabsichtigt. Anders lassen sich die zweiwöchigen Auslassungen der Abgeordneten nicht erklären. So schreibt z. B. der Berliner Arbeiter der „Münchener Allg. Ztg.“: „Eingeworfen wurde in unverständlichen Kreisen behauptet, daß die Ansiedlung des preussischen Abgeordnetenhauses beschlossene Sache oder gar schon ein bestimmter Termin festgesetzt worden wäre. Das ist aber nicht für die Viehzüchter.“ Es ist ein solcher Entschluß demnach nicht gemacht worden. Sobald sich ein Spannung in dem Verhältnis der Parteien zu einander herausgebildet haben, die das neuerdings geschehen ist, wenn bedeutet es jedenfalls keinen Fehler, wenn die Regierung die praktische Geschlossenheit nicht verliert, eventuell die die Viehzüchter zu appellieren und dadurch der Ansiedlung Geltung verschafft: bereit sein ist Alles.

Darum kann sich Jeder einnehmen, was ihm gefällt und fürchten oder hoffen, daß die Ansiedlung kommen oder ausbleiben werde.

Das Dramateneinstreuer-Notgesetz soll doch vielleicht nach der Absicht der Reichsregierung wieder ausbleiben. Nach der „National. Revue“ hat der Abgeordnete Wallermann in einer Rede in Bezug auf eine kurze aber recht erhellende Session des Reichstages zur Erörterung des Dramateneinstreuer-Notgesetzes im September als wahrscheinlich bezeichnet.

Wenn das richtig sein sollte, so würde es eine neue Befähigung dazu sein, daß den Junkern Alles zum Weizen dienen muß.

Das Defizit im Reichshandelsstat, das der Reichshandelsstat für das nächste Geschäftsjahr in Höhe von 70 bis 80 Millionen in Aussicht stellt, ist dem Zentrum auf die Neuen gefallen, da es selbst bei einem nur minimalen Grade politischer Ehrlichkeit und Selbstkritik sagen muß, daß es durch sein Entgegenkommen in der Welt- und Währungsfrage die Hauptlast der Finanzmühsale des Reiches trägt. Die „Köln. Volksztg.“ aber möchte die drückende Schuld dem Zentrum abwälzen und sie macht sich dabei durch trübselige Worte, den Nachweis zu erbringen, daß die Finanzpolitik nicht die Ursache des Defizits ist. Die Beweisführung ist folgend: Das Follengeld habe die Ausgaben im Reichshandelsstat für 1901 „nur“ um rund 43 Millionen Mark gesteigert, welche durch die ständige Zahl und Steuererhöhungen und neue Steuern gedeckt werden. Im Etat für 1902 werde sich die Steigerung „nur“ um weitere 6 bis 8 Millionen erhöhen, denen als neue Deckung die Sachzinsen und Schaumweinsteuer gegenüberstehen.

Also „nur“ die Kleinigkeit von rund 50 Millionen kommt auf das Konto des Follengeldes. Dagegen kommt nach der Zinsbedarft der Anleihen für die Kosten der Reingewinnung rund 8 Millionen Mark, worfür ebenfalls das Zentrum die Hauptverantwortung als „regierende Partei“ trägt. Macht schon 60 Mill. Demgegenüber ist alles Mühen des Zentrumsbattes, die

Schuld am Defizit an anderer Stelle zu entladen, vergeblich. Aber es hat einen Trost. Es rechnet:

Die Zollerträge dürften von Oktober 1901 bis April 1902 und später ganz erheblich sich steigern, weil Deutschland leider vor einer Missernte in Brotgetreide steht. Voraussichtlich werden nur knapp 3 Millionen Tonnen Weizen und 8 Millionen Tonnen Roggen geerntet werden, was eine Mehrernte von 16 Millionen Doppelzentner an Brotgetreide erfordert und eine Mehreinnahme von rund 56 Millionen an Getreidezöllen herbeiführen würde.

Darum, so wird weiter gefolgert, ist es verfehlt, dauernd neue Steuern zu beschließen, wenn es sich um vorübergehende Schwierigkeiten handelt, deren Ursachen handgreiflich vor uns liegen.“ Diese politische Argumentation dürfte selbst die frommen Zentrumsköpfe kaum täuschen. Im Wahden der Zolltariffrage bei der Minderheit brüht sich gerade die Verheerung der bittersten Kräfte aus. Die Minderheit sollte Anlaß zur Ermäßigung der Zölle resp. deren Abschaffung geben. Die Finanzpolitik des Zentrums aber redet ganz offen damit, die Zölle noch recht auszubringen. Und das will sich dann noch als volkshemmende Politik ausgeben.

Recht vernünftige Ansichten finden wir einmal in der „Köln. Ztg.“. In der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt:

Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“, in der vorigen Woche machten die konservativen Blätter noch einmal den Versuch, den Bremer Zwischenfall als ein von der Sozialdemokratie beabsichtigtes Mordanschlag eines Verbrechens hinzustellen. Darüber schreibt jetzt das national-liberale Blatt: „Nach dem Bremer Zwischenfall haben die meisten Kreise in der „Köln. Ztg.“

39 „Kette“, deutsche Goldbannerschiffahrts-Gesellschaft
 Das zweite Schreiben lautet:
 96 Herrn G. Sevede.
 95 Aus Ihrer Schrift vom 3. d. M. ist nicht zu
 14 nehmen, ob und event. welche Anzahl von uns
 70 Besuchsleuten sich den dort gestifteten Schiffen an-
 44 schlossen hat. Wir sind daher nicht in der Lage,
 76 die Angelegenheit näher eingehen zu können.
 27 Achtungsvoll.
 97 Deherrreichliche Nordsee- u. Dampfschiffahrts- Gesellschaft
 Das dritte an den Vorsitzenden der Mitglied-
 98 ergangene Schreiben hat folgenden Wortlaut:
 90 Herrn G. Sevede,
 91 Verbands der Seelenarbeiter, Section Dänemarschschiff-
 92 fahrt, Hamburg, St. Pauli.
 93 Auf das mir von Ihnen zugegangene Schreiben
 94 3. d. M. theile ich Ihnen ergebend mit, daß ich
 95 Verein deutscher Dänemarschschiffahrtsleute in Ham-
 96 als Mitglied angetreten und mich in der betref-
 97 fenden Angelegenheit am Standpunkt halten werde,
 98 vorgeannter Verein in derselben einnehmen wird.
 99 Hochachtungsvoll
 100 Fr. Andre, Magdeburg

nach langem Leiden verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Beerdigung: Freitag, 31. Mai, Nachm.
 3½ Uhr, vom Eppendorfer Krankenhaus.
 Der Distriktsführer.

